

Eine Frage des Vertrauens

EU-Kommission will einheitlichen Regulierungsrahmen bis 2013

VON ALEXA LEPAGE

Hinter dem Begriff „cloud computing“ verbirgt sich der Bezug von Dienstleistungen über das Internet, die nutzungsabhängig bezahlt werden. Daten können beispielsweise ausgelagert und irgendwo in der Welt auf einem Server aufbewahrt werden. Luxemburg will sich in diesem Zukunftsbereich positionieren und verfügt dank seiner Vielzahl an Datenzentren über die nötige Infrastruktur. Gestern wurde in der Handelskammer die Konferenz des europäischen Dachverbands Eurocloud eröffnet. Die zweitägige Veranstaltung steht unter dem Motto „Wachstum durch die Cloud“.

„Vor zehn Jahren war es noch eine Herausforderung, für Luxemburg als IT-Standort zu werben“, erinnert sich Wirtschaftsminister Etienne Schneider anlässlich der Eröffnung der Eurocloud-Konferenz. Seither habe sich viel getan und die Situation habe sich zum Guten gewandt. Mit seinen 20 hochkarätigen Datenzentren verfüge Luxemburg über die nötige Infrastruktur, um Cloud-Dienste anzubieten. „Wir arbeiten zudem an einem Projekt über E-Archive und E-Rechnungen“, so Schneider. „Vertrauen und Sicherheit sind ausschlaggebend in diesem Bereich“, sagt der Minister.

Dieser Meinung ist auch die EU-Kommission. „Mangelndes Vertrauen ist das größte Problem“, sagte EU-Kommissarin Viviane Reding am Montag. Dabei sei die Wolke von großer Bedeutung für den elektronischen Binnenmarkt. Die EU-Kommission hat daher Ende September eine Strategie vorgestellt, die auf ein-



Die Konferenz zählt mehr als 250 Teilnehmer.

(FOTO: ANOUK ANTONY)

heitliche Sicherheits- und Datenschutzstandards setzt. Denn: „Die Währung der digitalen Wirtschaft sind Daten. Damit eine Währung erfolgreich ist, muss sie frei zirkulieren können. Dafür benötigt sie einen wertvollen Rohstoff: Vertrauen“, so Reding.

Eine Umfrage habe gezeigt, dass es damit nicht weit her sei: „70 Prozent der EU-Bürger machen sich Sorgen darüber, dass ihre Daten zu einem anderen Zweck gebraucht werden, als sie ursprünglich erhoben wurden.“ Die EU-Kommission will den Sektor mit

einer einheitlichen Regulierung aufmischen. „Heute gibt es 27 verschiedene Rechtsrahmen. Die wollen wir durch eine einzige Regulierung ersetzen.“ Demnach bräuchten betroffene Firmen nur noch in einem EU-Land eine Genehmigung zu beantragen. Zudem sollen die Verbraucher die Möglichkeit erhalten, das Löschen ihrer Daten bei einer Firma anzufordern. Ziel sei es, im Sommer 2013 eine politische Einigung erreicht zu haben.

Die EU-Kommission erhofft sich dadurch Kosteneinsparungen

und mehr Transparenz. Die Teilnehmer der Konferenz sind jedoch nicht alle über diese Regelung erfreut: Bisher habe Luxemburg seine Gesetze auf die Cloud-Industrie zuschneiden können, heißt es hinter den Kulissen. Durch den Vorstoß der EU sei das nicht mehr möglich.

Erst vor einem Monat hat der Regierungsrat ein Gesetzesprojekt verabschiedet, um einen Artikel des Handelsrechts abzuändern. Demnach wird Artikel 567 so umformuliert, dass auch Cloud-Dienste darunter fallen, um im Fall einer Firmenpleite etwaige persönliche Daten auf einem Server zu schützen. „Wir haben diesen Änderungsvorschlag eingebracht“, freut sich Amal Choury, Präsidentin von Eurocloud Luxemburg.

**2,5 Millionen
neue Arbeitsplätze bis 2020**

Ihre Vereinigung hat Anfang des Jahres zudem einen Aktionsplan ausgearbeitet, um Luxemburg besser auf internationalem Niveau zu positionieren. „Wir spielen bereits unsere Rolle“, so Choury. „Der Kongress des Dachverbands findet schon zum dritten Mal in Luxemburg statt“. Zudem stamme ein Drittel der 250 Teilnehmer aus dem Großherzogtum.

Luxemburg will ein größtmögliches Stück des Cloud-Kuchens an Land ziehen. Das Potenzial ist enorm: „Unser Vorschlag könnte zu Investitionen von 45 Milliarden Euro in die Cloud führen“, sagt Reding. Die Kommission rechnet mit einer jährlichen Steigerung des EU-Bruttoinlandsprodukts von 160 Milliarden Euro. Bis 2020 könnten EU-weit 2,5 Millionen Arbeitsplätze entstehen.